

TEXTE ZUM

KOMMUNISMUS IN BULGARIEN

Marian Gyaurski

Die Unversöhnlichen - Widerstand gegen den Kommunismus in Bulgarien

In Bulgarien wird häufig die Meinung vertreten, dass die Errichtung des kommunistischen Regimes vergleichsweise leicht und unproblematisch vonstatten ging und dass es keinen ernsthaften Widerstand gegen die kommunistische Macht gegeben habe. Das Land sei geradezu das einzige in Mitteleuropa, das sich gegen die Machtübernahme durch den Kommunismus nicht stark gewehrt habe und das in der Folgezeit ein treuer Vasall der Sowjetunion gewesen sei. Aber ist das wirklich so?

1. Widerstand demokratischer Parteien

Die zwangsweise und brutale Durchsetzung der kommunistischen Diktatur begann unmittelbar nach dem Einmarsch der Roten Armee und der Machtergreifung der Vaterländischen Front¹ am 9. September 1944 mit einer Koalition zwischen den Kommunisten (BKP), dem Bulgarischen Volksbund der Bauern (BZNS), dem Volksbund Zweno und den Sozialdemokraten (BRSDP).

Laut sowjetischer Anweisung sollte die BKP es vermeiden, in den Vordergrund zu treten; dennoch befanden sich bereits zu Beginn die Schlüsselministerien in ihren Händen, und die Ortsverbände der Vaterländischen Front wurden in der Regel ebenfalls von Kommunisten dominiert. Die BKP sicherte sich nach dem Einmarsch der Roten Armee durch Säuberungen in den staatlichen Institutionen, Morde und Hinrichtungen ohne Prozess und Gerichtsurteil, die Schaffung von Straflagern und GULAGS sowie durch das „Volksgericht“ gegen die, die Bulgarien vom 1. Januar 1941 bis zum 9. September 1944 regiert hatten, die Macht. Unter der Losung „den Faschismus ausrotten“ wurde auf grausame Weise gegen die Vertreter der alten Regierung und der Opposition vorgegangen.

Die nichtkommunistischen Parteien in der Vaterländischen Front waren jedoch nicht bereit, sich dem Diktat der Kommunisten zu unterwerfen. Die Gegensätze in der Koalition vertieften sich daher. Die Führer der Bauernpartei und der Sozialdemokraten, Nikola Petkow und Kosta Lultschew, bestanden darauf,

die für August 1945 geplanten Parlamentswahlen zu vertagen und unter internationaler Kontrolle durchzuführen. Petkow stimmte seine Aktionen mit dem amerikanischen Repräsentanten Maynard B. Barnes ab, der ihm angesichts eskalierender Spannungen zwischen Washington und Moskau Hoffnungen auf Unterstützung machte. Um seinen bisherigen Verbündeten guten Willen zu demonstrieren, gab Stalin nach, und die Wahlen wurden auf den 18. November 1945 vertagt. Mit Stalins Zustimmung wurden die Oppositionsparteien legalisiert, unter denen Petkows Bauernbund und die Sozialdemokraten die größte Autorität besaßen. Sie boykottieren die Wahlen, weil die Kommunisten es ihnen nicht erlauben, einen normalen Wahlkampf zu führen. Die Opposition erhielt keinen Zugang zum Rundfunk, ihre Wahlversammlungen wurden aufgelöst und ihre Reisen im Land behindert, so dass in der 26. Legislaturperiode der Volksversammlung nur Parteien der Vaterländischen Front vertreten waren. Die USA und Großbritannien bestanden darauf, Stalin möge die Bulgaren „beraten“, zwei Vertreter der Opposition in die Regierung aufzunehmen, doch die ultimatischen Bedingungen, die Petkow und Lultschew stellten, verhinderten das.

Der beginnende Kalte Krieg führte dazu, dass Stalin die Zügel anzog. Er verlangte, dass die BKP auf Konfrontationskurs zur demokratischen Opposition gehen sollte, die sich weigerte, ein Anhängsel des Regimes ohne eigenes Stimmrecht zu sein. Im März 1946 wurde das zweite Kabinett der Vaterländischen Front vom Parlament bestätigt, wieder mit Kimon Georgiew als Premierminister, aber diesmal ohne Beteiligung der Opposition, weil Georgi Dimitrov bestrebt war, ein von den Kommunisten beherrschtes Kabinett zu bilden.

In der zweiten Regierung der Vaterländischen Front war – trotz scheinbarer Parität bei der Verteilung der Ministerposten – die Position der Kommunisten

noch stärker. Die nichtkommunistischen Minister des Kabinetts aus der regimetreuen Opposition – der Bauernpartei und dem Kreis „Sveno“ - konnten in der Praxis keinerlei unabhängige politische Initiative ergreifen.

Die demokratische Opposition geriet nun unter erheblichen Druck. Die wichtigsten Oppositionellen wurden angeklagt, um sie auszuschalten, wie Georgi Michajlow Dimitrow vom Volksbund der Bauern, der in Abwesenheit zu lebenslänglicher Haftstrafe verurteilt wurde. Der Sozialdemokrat Krastjo Pastuchow wurde zu fünf Jahren Haft verurteilt und dann in seiner Zelle erwürgt. Sein Parteigenosse Tsweti Iwanow wurde zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt und danach ins Strafgefangenenlager auf der Donauinsel Belene geschickt, wo er erkrankte und später starb. Die Hauptanklagepunkte waren Spionage zugunsten fremder Staaten, wobei viele Personen verhaftet und vermeintliche Geständnisse durch Folter erpresst wurden. Auf der Grundlage dieser „Geständnisse“ wurden dann die politischen Prozesse durchgeführt, ganz nach dem Vorbild der stalinschen Prozesse während des Großen Terrors in der Sowjetunion. In dieser Hinsicht bildet Bulgarien keine Ausnahme unter den osteuropäischen Staaten, was zeigt, dass sie Inszenierungen zur Abrechnung mit den Oppositionsführern in diesen Ländern waren.

Durch einen Volksentscheid am 8. September 1946 wurde das nominell noch monarchische Bulgarien zur Republik erklärt. Die BKP behinderte die Opposition erneut erheblich vor den Wahlen zur VI. Großen Volksversammlung. Die herausragendsten Abgeordnetenkandidaten wie Trifon Kunev, Assen Stambolijski, Pater Dertliev wurden verhaftet, die Versammlungen der Opposition wurden von den Kommunisten mit Steinen attackiert, so dass ein geordneter Wahlkampf für sie unmöglich war. Es fanden Wahlmanipulationen statt, in dem z. B. den Aktivisten der Vaterländischen Front Wahlkarten ausgestellt

wurden, die es ihnen erlaubten, mehrfach in verschiedenen Wahllokalen abzustimmen. Ein Großteil der Anhänger der Opposition wurden überhaupt nicht an die Urnen gelassen, manche wurden verprügelt, in den Wahlkommissionen gab es vielerorts keine Vertreter der Opposition, die Protokolle wurden massenhaft zugunsten der Kandidaten der Vaterländischen Front gefälscht. Trotz dieser Wahlfälschungen und Repressionen bekamen die demokratischen Parteien annähernd 29 Prozent der Stimmen.

Im November 1946 wurde die dritte Regierung der Vaterländischen Front gebildet. Ministerpräsident wurde der aus Moskau zurückgekehrte kommunistische Führer Georgi Dimitrow. Im Kabinett herrschte inzwischen keine Parität mehr, weil in den vorangegangenen Kabinetten es dieselbe Anzahl Minister von den großen Parteien in der Koalition der Vaterländischen Front gegeben hatte und je zwei Vertreter der kleineren Formationen.

Nun begann die endgültige Liquidierung der Opposition. Die Druckerzeugnisse der Oppositionsparteien wurden verboten; auch wurden sie bei der Ausarbeitung einer neuen Verfassung von den Beratungen ausgeschlossen. Die Repressalien erreichten ihren Höhepunkt durch eine Serie von Schauprozessen gegen die Vereinigungen „Neutraler Offizier“ und den „Militärbund“. Die Ankläger wollten durch diese Prozesse beweisen, dass die Führer der Opposition Leiter dieser Vereinigungen sind; durch sich über Tage und Nächte hinziehende Verhöre mit grausamen Folterungen durch die Miliz wurden vorgefertigte Geständnisse erpresst. Diese Aktionen reichten aus, um die Abgeordnetenimmunität des Anführers der Opposition, Petkow, aufzuheben und ihm den Prozess zu machen. Trotz starken internationalen Drucks zur Verteidigung des Bauernführers bestand Stalin auf der Vollstreckung der Todesstrafe. Petkow

wurde am 23. September 1947 im Zentralgefängnis Sofia erhängt.

Danach beschloss die Volksversammlung das Verbot des oppositionellen Bauernbundes. Mit den anderen Oppositionsparteien beschäftigten sich die Machthaber ein Jahr später, indem erneut durch konstruierte Anschuldigungen die Führer der Demokratischen und der Sozialdemokratischen Partei, Dimitar Gitschew und Lultschew, zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden - zusammen mit zahlreichen anderen Oppositionellen. Mit diesen Urteilen endete die erste Phase der Opposition gegen das kommunistische Regime in Bulgarien.

Die politische Gewalt wurde durch den sogenannten „Volksgerichtshof“ legalisiert, der die politischen Gegner der Kommunisten verurteilte. Neben Politikern waren das Justizbeamte und Militärs, Verwaltungsbeamte und Privatpersonen. Es wurden insgesamt 11.122 Personen angeklagt. 9155 wurden verurteilt, davon 2618 Todesurteile und 1126 lebenslange Haftstrafen. Die restlichen Angeklagten erhielten Haftstrafen von einem bis zwanzig Jahren. Nach diesen Kennziffern nimmt der bulgarische Volksgerichtshof den ersten Platz im Vergleich mit anderen analogen Tribunalen in Osteuropa, Deutschland und Japan ein.

2. Widerstand der Gorjani

Die Gorjani („Waldmenschen“) waren keine einheitliche Widerstandsbewegung. Intellektuelle und Bauern, Kommunisten und Demokraten, Christen und Muslime, Arme und Reiche aus allen Schichten Bulgariens organisierten sich. Diese Menschen trennten große kulturelle, politische und soziale Unterschiede. Die zwangsweise Durchsetzung des Kommunismus in Bulgarien, also die Sowjetisierung mit all ihren Folgen, trieb sie an, mit der Waffe in der Hand gemeinsam gegen die neuen Machthaber zu kämpfen.

Die Sowjetisierung drückte sich in sog. „revolutionärer Gewalt“ aus und richtete sich vor allem gegen die Funktionsträger des alten Regimes: Polizisten, Bürgermeister, Richter, Steuerbeamte, Geistliche, Lehrer, Bauern und Grundbesitzer, also gegen die, die zum Funktionieren des Staates vor dem 9. September 1944 beigetragen hatten. Die Gewalt erzeugte Widerstand. Er war eine Abwehrreaktion gegen den massenhaften Terror, der das Land erschütterte.

Die bedeutendste Maßnahme der Sowjetisierung war die Enteignung und Verstaatlichung des Privateigentums, vor allem die Kollektivierung der landwirtschaftlichen Betriebe. Sie provozierte die größte Widerstandsbewegung, vornehmlich unter den Landbewohnern selbst. Der eigene Boden war seit Jahrhunderten für die Bulgaren ein hohes Gut. Für sie war er alles, was sie besaßen; ihm verdankten sie ihren Lebensunterhalt und ihr Selbstverständnis. Der Landbesitz gab ihnen Sicherheit. Der Widerstand gegen die Kollektivierung war deshalb so stark, weil die Bauern spürten, dass ihre Lebenswelt erschüttert wurde, materiell, moralisch und weltanschaulich. Ihnen wurde buchstäblich der Boden unter den Füßen entzogen. Viele Bauern flüchteten in die Wälder, gründeten die Freischaren bewaffneter Gorjani oder schlossen sich ihnen an².

Die Widerstandsgruppen verfügten allerdings nicht über eine zentrale Führung. Trotz dieser Zersplitterung konnte die Gorjani-Bewegung den bewaffneten Einheiten der kommunistischen Volksrepublik erstaunlicher Weise einige Jahre Widerstand entgegensetzen. Dieser Widerstand spricht Bände über das breite Spektrum der Unzufriedenheit, das in den Anstrengungen der Gorjani, die kommunistischen Machthaber durch bewaffneten Kampf zu stürzen, kanalisiert wurde.

Die Bewegung entstand Anfang 1945 in der Gegend von Kjustendil nahe der

westbulgarischen Grenze. Die erste Gruppe nannte sich „Antibolschewistische Nationale Geheimorganisation“ (TANO). Sie setzte sich vorwiegend aus Schülern zusammen! Im Mai entstand eine bewaffnete Gruppe Gorjani von elf Personen, die sich „Brigade G. M. Dimitrow“ nannte. Ziel war die Entfaltung einer schlagkräftigen Widerstandsbewegung im Raum Kjustendil als Kern einer größeren Organisation, um die Regierung der Vaterländischen Front zu stürzen. Die Männer führten einige Angriffe aus, eine davon auf ein Lager der sozialistischen Jugendorganisation REMS. Vier REMS - Mitglieder wurden bei dem Schusswechsel getötet.

Im September 1945 explodierten auf einer Sitzung des Bundes der Landjugend zwei Bomben; neun Menschen wurden verletzt. Die Planungen zur Ermordung des Chefs der Volksmiliz in Kjustendil deckte die Staatssicherheit allerdings auf: Ewa 300 Volksmilizionäre, Soldaten und bewaffnete Kommunisten konnten daraufhin 360 Personen verhaften, auch Gesinnungsgenossen und sogenannte „Jataks“, Menschen aus Kjustendil und Umgebung, die die Gorjani bei sich zu Hause versteckten. Der Gerichtsprozess fand im April 1946 vor dem Landgericht Kjustendil statt. 63 Personen waren angeklagt. Von ihnen wurden vier zum Tod durch Erhängen verurteilt³. Die übrigen erhielten verschiedene lange Gefängnisstrafen.

Ein anderes Zentrum des bewaffneten Widerstands bildete sich Anfang 1947 in der Gegend des Pirin-Gebirges in Südwestbulgarien. Dort war eine Gruppe unter dem Namen „Sechster Pirin-Trupp“ aktiv⁴. Ein Jahr später gelang es der Staatsmacht, die 41-köpfigen Gruppe zu zerschlagen. Der Anführer, Gerasim Todorow, beging mit einem Sprengsatz Selbstmord. In der Gerichtsverhandlung wurden 79 Personen wegen des Versuchs, „die konsolidierte Macht im Staate zu stürzen durch Putsch, Aufstand, Meuterei, terroristische Akte“ angeklagt. 27 Menschen wurden ins La-

ger geschickt oder ins Gefängnis gesteckt.

Bedeutenden Widerstand gab es auch in der Gegend von Assenowgrad südöstlich von Plowdiw. Im Sommer 1947 wurde hier die Organisation „Christlich - Nationales Kreuz“ gegründet⁵. In den folgenden Monaten bildeten sich weitere Widerstandsgruppen mit mehr als 300 Mitgliedern. In der Regel bestanden sie aus armen oder durchschnittlich begüterten Bauern, Beamten und Offizieren der Reserve. Die Staatssicherheit bildete auch hier schnell ein Agentennetz, das von Militär und Volksmiliz unterstützt wurde. Nach einigen kleinen Feuergefechten mit Opfern auf beiden Seiten wurde die Bewegung zerschlagen, 212 Personen wurden festgenommen und angeklagt. Dreizehn Angeklagte⁶ wurden zum Tod durch den Strang verurteilt und am 13. August 1948 im Plowdiwer Gefängnis hingerichtet. Die übrigen Angeklagten erhielten Gefängnisstrafen unterschiedlicher Länge, 63 von ihnen wurden in Straflager geschickt.

Im Frühjahr 1948 ist im Kreis Trän eine Untergrundorganisation aktiv, die sich nach der verbotenen und zerschlagenen Volksbauernpartei „BZNS-Nikola Petkow“ benannte und aus den ehemaligen Landwirtschaftsorganisationen aufgebaut wurde. 1950 zählte sie 15 bewaffnete Männer aus den umliegenden Dörfern.

Im Herbst 1948 wurde ebenfalls dort die „Illegalen Patriotischen Organisation“ (NPO) gegründet. Schnell waren viele ähnliche Gruppen in der Region in über vierzig Dörfern um Bresnica und Trän aktiv. In jedem Dorf bestand eine Gruppe von fünf bis zehn Mann. Ihr Widerstand bereitete den Machthabern ernsthafte Probleme. Mit aus Jugoslawien beschafften Waffen verübten sie Anschläge auf Vertreter des Staates. Am Ende siegte auch hier die Staatsmacht. Die Freischärler wurden zu unterschiedlich langen Gefängnisstrafen verurteilt⁷.

Eine bedeutende Gorjani-Organisation war die „Bulgarische Widerstandsbewegung – Gorjani“ (OSDB-Gorjani) im Raum Kasanlák. Sie wurde im Frühjahr 1951 mit 46 Mitgliedern gegründet. Aus Sicherheitsgründen teilte sie sich in zwei Abteilungen. Sie operierten in dem zum Rosental hin gelegenen Südhang des Balkans und in der Gegend von Slatosel. Überraschungsangriffe und Einschüchterungsaktionen gegen Vertreter der kommunalen Verwaltung in den Dörfern um Kasanlák bereiteten auch hier der Staatsmacht erhebliche Probleme. Die Staatssicherheit reagierte daher schnell und erfolgreich. Ein Agentenverband gab sich als Freischar aus Sliwen aus und bat um Hilfe. Die Gruppen trafen sich im Oktober 1951, bei dem 14 Gorjani entwaffnet und anschließend umgebracht wurden⁸.

Der Einfluss der Opposition war besonders stark in Sliwen und Umkreis. Im Frühjahr 1950 wurde in der Stadt die Untergrundorganisation „Komitee des Widerstands“ gegründet. Danach entstanden in kurzer Zeit im Umland von Sliwen, Nowa Zagora und Kasanlák neunzehn illegale Organisationen mit mehr als 90 Mitgliedern.

Im Mai 1951 ist die Gruppe in Sliwen auf 72 Freischärler angewachsen. Die Staatssicherheit sah in den Männern eine ernsthafte Bedrohung für die kommunistische Herrschaft in dieser Region. Sie definierte sie als größte Gorjani-Freischar, die es in Bulgarien gebe. Aufgrund dieser Analyse setzte die Regierung Ende Mai, Anfang Juni 1951 Geheimpolizei, Volksmiliz und Militär ein. Zuerst wurde erfolglos versucht, die Gorjani durch Blockaden, Belagerungen und kleinere Gefechte zu zerschlagen. Am Ende wurden sie eingekesselt. Es entwickelte sich ein größeres Gefecht, bei dem viele Freischärler und Soldaten getötet wurden, darunter ein Major des Innenministeriums. Am 2. Juni 1951 endeten die Kämpfe. Die Gorjani-Bewegung war zerschlagen, aber die meisten Freischärler konnten den Bela-

gerungsring durchbrechen. Sie versteckten sich im Balkan, ein anderer Teil in ihren Heimatdörfern. Erst nach und nach gelang es den Kommunisten, die Gorjani zu fassen. Es folgten vier Prozesse, in denen insgesamt sechzehn Todesurteile ergingen.

Die Widerstandsbewegung in Bulgarien hatte damit ihren Höhepunkt erreicht. Neben den Gorjani-Freischaren wurden auch viele andere Organisationen gegründet, die über Waffen verfügten und verschiedene bewaffnete Aktionen durchführten. Darunter waren die „Erste Balkantruppe“ und die „Erste Iskar-Kompanie“, der „Bund für ein freies und unabhängiges Bulgarien“ in Kostenec, die „Unabhängige Bauernschaft“ in Haskowo und Dimitrowgrad, das „Bulgarische Zentralkomitee des Landvolks „Donau“ in Sofia mit Unterabteilungen im ganzen Land.

Bulgarische Emigranten bildeten mit der Unterstützung des griechischen und des amerikanischen Geheimdienstes in Griechenland Untergrundorganisationen. Erheblichen Einfluss hatte die „Revolutionäre Makedonische Befreiungsfront“ (VMRO) von Iwan Michajlow. Zwischen Ende 1948 und Anfang 1949 operierten kleine Trupps jenseits der Grenze und gründeten auf bulgarischem Territorium Widerstandszellen im Raum des Pirin-Gebirges. Eine der bedeutendsten dieser bewaffneten Einheiten war die von Major Nikola Mutaftschiew, die in Südbulgarien im Raum Haskowo, Harmanli, Swilengrad, Kărdshali und Dimitrowgrad tätig war. Dieser Trupp wurde im griechischen Lager Lawrion gebildet, wo Mutaftschiew mit einem anderen Emigranten, Oberst Iwan Gologanow, die „Bulgarische antibolschewistische Legion zur Rettung des Volkes“ gründete. Seit August 1949 überschritten die Freiheitskämpfer regelmäßig die Grenze nach Bulgarien. Im Winter von 1949 auf 1950 gründeten sie ein Netz von Untergrundorganisationen auf bulgarischem Territorium. Das Regime konnte Anfang 1950 93 Personen verhaften. Eine völli-

ge Ausschaltung gelang der Staatssicherheit aber nicht, so dass die Gruppe über Jahre aktiv bleiben konnte und die Stabilisierung des Regimes in Südbulgarien gefährdete. Bis 1953 gründete Mutaftschiew 80 Untergrundorganisationen mit über 800 Mitgliedern. Erst langsam bekamen die Kommunisten die Situation unter Kontrolle. Letztlich gelang es aber der Staatssicherheit, ihre Mitglieder zu verhaften. Mutaftschiew selbst wurde allerdings nicht gefasst, jedoch sein Sohn und seine Frau kamen in Haft. Die Geschichte schweigt über sein weiteres Schicksal, vermutlich ist er nach Griechenland übergesiedelt.

3. Der erste Streik im Ostblock – Plovdiv 1953

Am Morgen des 4. Mai 1953 trafen in Plovdiv die kommunistischen Minister Georgi Tsankov (Innenminister), Anton Jugov (stellvertretender Ministerratsvorsitzender), Rayko Damjanov (stellvertretender Ministerratsvorsitzender), Stanko Todorov (Landwirtschaftsminister) und Georgi Tschankov (stellvertretender Ministerratsvorsitzender) ein. Begleitet wurden sie von Nikola Balakandshiev, dem Bürgermeister der Stadt, und von Ivan Pramov, Sekretär des Kreiskomitees der BKP in Plovdiv. Hunderte Volkspolizisten waren in der Stadt. Der Auflauf von Politprominenz und Polizei hatte einen ungewöhnlichen Anlass: den ersten Arbeiterstreik im sowjetischen Machtbereich.

Plovdiv war Zentrum der bulgarischen Tabakindustrie. In der Stadt gab es sechs Tabakfabriken, die nach ganz Europa exportierten. Nachdem die BKP an die Macht gekommen war, wurden den Tabakarbeitern, darunter viele Frauen, ihre Privilegien wie zusätzliche Bezahlung von Überstunden und der Ankauf des Tabaks zu Marktpreisen genommen. Fabrikanten, Produktionsleiter und Handelsvertreter wurden teils ermordet, teils in Gefängnisse und Lager gesteckt

mit der Begründung, sie hätten „das faschistische Deutschland“ mit Zigaretten versorgt.

1947 beschlossen die Kommunisten ein Gesetz zur Gründung eines staatlichen Tabakmonopols. Lagerhallen, Produktionsanlagen, Maschinen und Bankguthaben aller ausländischen und bulgarischen Tabakhandelsfirmen wurden „volkseigen“, also entschädigungslos enteignet und so zu Staatseigentum. Plovdivs Tabakhersteller wurden zusammengefasst zum Plovdiver Zweig des staatlichen Tabakmonopolisten, dem Staatsbetrieb „Tabakindustrie“. Infolge der Zerschlagung dieses Segments der bulgarischen Industrie gab es zu Anfang der 1950er Jahre bereits einen schmerzhaften Arbeitskräftemangel im Lande.

In seinen Erinnerungen schreibt der Plovdiver Priesters Hraber Markov in hierzu: „Die Zigarettenfabrik war zu jener Zeit der einzige Ort, an dem man ohne vorherige Prüfung durch die Vaterländische Front eingestellt wurde, ohne dass man ein Führungszeugnis über ‚parteiliche Makellosigkeit‘ vorlegen musste; sie begannen sogar, zwangsweise ‚ungeheure Elemente‘ dorthin zu beordern, die sie als Halbstarke und leichte Mädchen bezeichneten. In einen Topf mit diesen wurden religiöse Randgruppen geworfen: Katholiken und Unierte, Anhänger der Weißen Bruderschaft Peter Denovs, Muslime oder schlicht ‚Ehemalige‘ (Anhänger der vorherigen Machthaber, d. Verf.). Sie brauchten schlicht und einfach Arbeitskräfte für die Tabakverarbeitung.“

Die Arbeitsbedingungen in der Tabakindustrie verschlechterten sich drastisch, die Bezahlung war deutlich geringer als vor 1944. Der Saisoncharakter der Arbeit erwies sich als fatal, da die Arbeiter ein halbes Jahr lang kein Einkommen hatten. Nach der Währungsreform sanken die Löhne Anfang der 1950er Jahre auf den Tiefststand, gleichzeitig aber lief mit voller Kraft der „zweite volkswirt-

schaftliche Fünfjahresplan“, der entsprechenden Produktionsziele vorgab.

Der Tod Stalins am 5. März 1953 ließ im Ostblock die Hoffnung auf bessere Zeiten aufkommen. Auch in Plovdiv: Anfang April beschlossen die Tabakarbeiter, für ihre Rechte einzutreten. In dieser Zeit wurden die Jahreslisten zur Entlassung der Arbeiter bekanntgegeben, die nun bis zur nächsten Saison ohne Einkommen bleiben würden.

Alte Gewerkschaftler, „Ehemalige“ und einfache Tabakarbeiter beschlossen daher zu streiken. Sie forderten u. a. ganzjährige Beschäftigung, die Wiedereinführung der Bonuszahlungen, die es vor der Verstaatlichung gegeben hatte, Anhebung der Löhne, Fünf- statt bisher Sechs-Tage-Woche. Diese Forderungen sandten sie am 20. April an Ministerpräsident Tschervenkov mit dem Hinweis, dass die Arbeiter Anfang Mai die Arbeit niederlegen würden. Am selben Abend begann die Protestdemonstration vor dem Sekretariat des staatlichen Tabakmonopols in Plovdiv⁹.

Anfang Mai eskalierte die Situation. Am 3. Mai verjagte die Nachschicht im Fabriklagerraum „Iwan Karadshov“ die Wache und verbarrikadierte sich. Am frühen Morgen des 4. Mai sperrte die Volksmiliz die Lagerräume ab. Wenig später legten auch die Arbeiter, meistens Frauen, der Lager „Stefan Kiradschiev“ und „Georgi Ivanov“ die Arbeit nieder und begaben sich zum Lager „Iwan Karadshov“, wo die Streikenden die Türen aufbrachen und die Milizionäre vertrieben. Die Arbeiter demonstrierten im Hof des Lagers für ihre Rechte, unterstützt von Kollegen, die keine Schicht hatten. Die Zahl der Protestierenden auf dem Fabrikgelände (inklusive der Lager) wuchs rasch und erreichte bald annähernd 10.000 Personen.

Zu diesem Zeitpunkt traf die eingangs erwähnte Regierungsdelegation ein. Als Kommunist aus Plovdiv und Kämpfer für die Rechte der Arbeiter stellte sich Mi-

nister Jugov vor die Streikenden und begann seine Ansprache mit den Worten: „Genossinnen und Genossen...“ Was er danach sagte, ging im Lärm der Demonstranten unter, Steine flogen. Kreissekretär Prämov stellte sich schützend vor den Minister, die Miliz gab Warnschüsse ab. Aber die Proteste gingen weiter. Landwirtschaftsminister Todorov ergriff das Wort, doch auch ihm erging es nicht besser: Steinwürfe, Flüche und Schmähungen. Da erteilte Prämov von der Tribüne aus den fatalen Schießbefehl, und die Volksmiliz schoss in die Menge der Streikenden. Die BKP gab später drei Todesopfer zu, Augenzeugen sprechen von mehr Toten. Die Ministerdelegation wurde in einem Polizeikonvoi aus der Gefahrenzone gebracht. Das Chaos war total. Streikende wurden verhaftet und in Polizeilastwagen gepfercht.

Unter den Protestierenden befanden sich Agenten der Staatssicherheit. Einer von ihnen erschoss aus der 1. Etage der Fabrik das langjährige Mitglied verschiedener anarchistischer Organisationen und einfachen Arbeiter in der Fabrik Stanjo Välev. In der Nähe des Bahnhofs wurde der Streikleiter Kiril Dzhavesov erschossen und später in einem plombierten Sarg beigesetzt. Seinen Angehörigen wurde erzählt, dass die Protestierenden ihn ermordet hätten. Kera Väleva wurde von einem Milizionärsfahrzeug überfahren und starb am nächsten Tag im Kreiskrankenhaus.

Die Justiz ging hart gegen die Streikführer vor, insofern sie ihrer habhaft werden konnte. Dimiter Bacharov und Slatka Vlayscheva aus dem Streikkomitee gelang es, Bulgarien zu verlassen und im Radiosender Gorjanin bis zu seiner Schließung im Jahr 1962 zu arbeiten. Die Mörder des Anarchisten Stanjo Vätev (Teilnehmer an der Partisanenbewegung vor dem 9. September 1944) wurden freigesprochen: Das Kreisgericht Plovdiv berief sich in seinem Urteil auf einen Beschluss des Präsidiums der Volksversammlung, demzufolge es ge-

stattet war, auf Menschen zu schießen, wenn diese über die Staatsgrenze zu fliehen drohten. Folglich hatte nach Auffassung der Plovdiver Richter Välev, obwohl er sich in Plovdiv unter den Streikenden befand, versucht, Landesflucht zu begehen!

Die BKP bedankte sich bei den treuen Genossen, die den Streik um den Preis zahlreicher Todesopfer niedergeschlagen hatten. Prämov, der den Schießbefehl erteilte, wurde Landwirtschaftsminister. Bürgermeister Balkandshiev wurde mit einem Zivilorden ausgezeichnet, und der Chef der Plovdiver Volksmiliz wurde Direktor der vereinigten staatlichen Tabakwerke. Wegen Kleinmuts und ungenügenden Redefeuers erhielten Jugov und Damjanov Parteistrafen.

Nach der Niederschlagung des Streiks kamen viele Teilnehmer in Lager und Gefängnisse, die BKP aber interpretierte die Ereignisse so, dass „ungesunde Elemente“ die Arbeiter gegen die „Volksgewalt“ aufgewiegt hätten. In Wirklichkeit sah die Parteiführung im Streik einen gefährlichen Präzedenzfall und beschloss, ihre Kontrolle über die Betriebsführungen weiter zu verschärfen, indem künftig solche Posten nur mit gefügigen und den treuesten Parteimitgliedern besetzt werden. Parteichef Tscherwenkow bemerkte: „Man muss Maßnahmen gegen solche künftigen Streiks ergreifen, indem die Organe der Staatssicherheit und des repressiven Apparats gestärkt werden.“

Der Streik war zweifellos ein harter Schlag für die Bulgarische Kommunistische Partei. Es stellte sich heraus, dass die Arbeiterklasse sich gegen die Arbeiterpartei erhob, die ihrerseits befahl, auf die Arbeiterklasse zu schießen. Das war ein schlagender Beweis, dass die Arbeiterpartei nicht die Interessen der Arbeiter vertrat, sondern ihre eigenen Positionen, und zwar mit Waffengewalt. Der Streik wurde nicht ohne Grund so brutal unterdrückt, denn die Unzufriedenheit „von unten“ könnte schnell um sich

greifen und anwachsen, so die Vermutung, wie es dann in der DDR 1953, in Ungarn 1956 und in den 1980er Jahren in Polen geschah. Der Streik in Plowdiw zeigte, dass das Regime bereits in den ersten Jahren seiner Existenz nicht nur seinen Gegnern, sondern auch Personen, deren Interessen es dienen sollte, feindselig gegenüberstand. Das wiederum säte Keime des Zweifels bei den einfachen Arbeitern der Kommunistischen Partei gegenüber. Sie ließen das System allmählich erodieren, so dass Ende der 1980er Jahre letztlich nur ein kleiner externer Anstoß genügte, um es zu Fall zu bringen.

4. Widerstand der bulgarischen Emigranten

In den Tagen nach dem 9. September 1944 gingen die neuen Machthaber blutig gegen ehemalige Politiker, Offiziere und Staatsbedienstete etc. vor. Viele von ihnen wurden getötet oder vor Gericht gestellt. Anderen gelang es, das Land zu verlassen. So entstand die erste Welle politischer Emigration. Mit ihr vereinigten sich die im Westen verbliebenen diplomatischen Vertreter Bulgariens, Journalisten, Arbeiter und Studenten. Ein großer Teil dieser Emigranten vertrat nationalistische und monarchistische Überzeugungen. Viele von ihnen gehörten dem „Bund der Bulgarischen Nationalen Legionen“ an, einer national-konservativen bis rechtsradikalen Jugendorganisation.

Das blutige Vorgehen der Kommunisten gegen Oppositionspolitiker im Jahr 1947 führte zur zweiten Welle der Emigration. Viele Mitglieder der Bauernpartei, der Sozialdemokraten und der Offiziersvereinigung „Sveno“ verließen Bulgarien.

Die diversen Emigrantengruppen kooperierten nicht miteinander, weil ihre politischen Vorstellungen zu unterschiedlich waren. Die Mehrheit der Emigranten waren „Bauernbündler“, Republikaner, die auf dem 1946 durchgeführten Refe-

rendum für die Republik gestimmt hatten und so in Gegensatz zu den Monarchisten standen. Es herrschte zwischen den Gruppen ein zu großes Misstrauen, als dass es hätte überbrückt werden können. Zudem verstärkte der bulgarische Geheimdienst mit eingeschleusten Agenten die Differenzen zusätzlich.

Die erste Widerstandsorganisation, genannt „Bulgarische Staatsregierung in Verbannung“, gründete der ehemalige Ministerpräsident Alexander Tsankov am 15. September 1944 in Wien. Diese „Regierung außer Landes“ rief über den Radiosender „Donau“ das bulgarische Volk auf, sich gegen die Okkupation des Landes durch die Sowjetische Armee zu wehren. Anfang 1945 organisierte Tsankov ein Freiwilligenkorps, das aus bulgarischen Studenten und Arbeitern bestand. Das Korps sollte an den Kriegshandlungen gegen die Rote Armee teilnehmen. Es wurde allerdings schnell wieder aufgelöst, da die deutsche Wehrmacht vor dem Zusammenbruch stand.

Tsankov emigrierte 1948 nach Buenos Aires. In Argentinien gründete er zusammen mit anderen Emigranten das „Antibolschewistische Komitee“, das sich die Befreiung Bulgariens von der sowjetischen Okkupation und die Wiedereinsetzung der liberalen Verfassung von Veliko Tarnovo zum Ziel gesetzt hatte, mit der 1879 Bulgariens staatliche Unabhängigkeit begann. Die Aktivitäten dieses Komitees gingen aber nicht über gute Absichten hinaus und versiegten bald.

Im Oktober 1948 gründeten die Emigranten der zweiten Auswanderungswelle in Paris das „Bulgarische Nationalkomitee“ (BNK), das vom ehemaligen Parteichef des bulgarischen Bauernbundes, Dr. Georgi Michaylov Dimitrov, gen. „Gemeto“ geleitet wurde. Die Hauptforderungen des BNK waren die Wiedereinsetzung der in Veliko Tarnovo 1879 beschlossenen Konstitution, überdies die Wahrung der Menschen- und Bürger-

rechte, was wiederum die Änderung aller verfassungswidrigen, demokratiewidrigen Gesetze erforderte.

Das Komitee baute Außenstellen in Frankreich, Griechenland, der Türkei, Italien, Österreich und in Westdeutschland auf. Das BNK war die profilierteste aller Emigrantenorganisationen. Es wurde u. a. mit 18.000 US-Dollar monatlich vom amerikanischen „Nationalkomitee Free Europe“, das am 1. Juni 1949 gegründet worden war, finanziert.

Das BNK gründete kurz vor Weihnachten 1951 in einer amerikanischen Kaserne in Zeilsheim bei Frankfurt eine bewaffnete Einheit, die Bulgarisch-Nationale-Freiwilligenkompanie. Die Kompanie stand unter amerikanischem Kommando, sie war in die NATO-Organisation integriert. Sie existierte bis 1964. Die 200 Freiwilligen der Kompanie wurden aus Bulgaren rekrutiert, die nach Griechenland, der Türkei, Frankreich, Italien, Westdeutschland oder den USA emigriert waren. Der erste Kommandant war Hauptmann Stefan Boydev. Sie war ausschließlich zu dem Zweck der Befreiung Mittel/Osteuropas vom Kommunismus gegründet worden.

1950 und 1951 spalteten sich zwei Gruppen vom BNK ab unter dem Vorwurf, Dimitrov bediene sich diktatorischer Führungsmethoden und treibe Missbrauch mit den Finanzmitteln. Ende 1952 stellte Free Europe die Finanzierung ein. Das BNK blieb zwar vor dem endgültigen Zerfall bewahrt, war aber deutlich geschwächt.

Anfang 1948 wurde in Wien von einem Teil der ersten Emigrantenwelle der „Bulgarische Antibolschewikenbund“ gegründet. Komitees dieser Vereinigung gab es auch in anderen Landesteilen Österreichs. Der Antibolschewikenbund gab die Zeitschrift „Bulgaria“ heraus. Ihr Chefredakteur war Dr. Ivan Dotschev, einer der führenden Mitglieder der rechtsextremen „Bulgarischen Nationallegionen“.

Ende 1948, auf einer gemeinsamen Konferenz aller nationalistischen Emigranten, wurde der Bulgarische Antibolschewikenbund umbenannt in „Bulgarische Nationalfront“ (BNF). Zu ihrem Vorsitzenden wurde Dotschev gewählt. Die in der Satzung niedergelegten Hauptforderungen der Vereinigung waren:

1. Abschaffung des kommunistischen Regimes in Bulgariens
2. Wiedereinsetzung der Verfassung von Veliko Tärnovo.
3. Rückgabe des verstaatlichten Privat- eigentums in Bulgarien.

Organ der BNF wurde die Zeitung Nationales Bulgarien unter der Leitung von Dimitar Välschev. In den folgenden Jahren wurden Filialen der BNF auch in anderen westeuropäischen Ländern, den USA und Kanada gegründet. Die BNF trat einer Reihe internationaler antikommunistischer Vereinigungen bei, wie etwa dem „Antibolschewistischen Block der Völker“, dem „Amerikanischen Block für Frieden und Freiheit durch Befreiung“ und dem Bund „Amerikaner für die Befreiung unterdrückter Völker“. Eng zusammen arbeitete die BNF auch mit dem „Bund der Bulgarisch-Nationalen Emigranten“ in Rom und der „Bulgarischen Nationalbewegung“ in West-Berlin.

1952 spaltete sich die Organisation in zwei Flügel: in die Bulgarische Nationalfront „Borba“ (Kampf) und in die Bulgarische Nationalfront „Svoboda“ (Freiheit). Begleitet wurde diese Spaltung von gegenseitigen Attacken und Anschuldigungen, weil jede der beiden Gruppen die Mehrheit der Emigranten für sich gewinnen wollte. Diese Streitigkeiten lenkten die Organisation von ihrer satzungsgemäßen Aufgabe ab, so dass sie in den siebziger und achtziger Jahren bedeutungslos wurden.

Die Geschichte der bulgarischen politischen Emigration war geprägt von poli-

tischen Differenzen, Widersprüchen, Spaltungen und gegenseitigen Anschuldigungen. Das verhinderte ihren Zusammenschluss und ein gemeinsames Vorgehen gegen das kommunistische Regime in Bulgarien. Andrereits waren die Organisationen viel zu schwach, um das kommunistische Regime ernsthaft zu gefährden. Dennoch zeigt ihre breite und mehrjährige Existenz, dass das Regime in Bulgarien nicht widerspruchslos hingenommen und Widerstand geleistet wurde.

5. Der Aufstand in Ungarn 1956 und seine Wirkung

Der Aufstand in Ungarn vom Herbst 1956 fand Widerhall in ganz Osteuropa, auch in Bulgarien. Die Widerstandsbe-kundungen gegen die Machthaber begannen unmittelbar nach dem Aufstand. Die Staatssicherheit registrierte aus der zweiten Jahreshälfte 1956 die Verbreitung zahlreicher Aufrufe, Parolen und Drohungen in Sofia, Plovdiv, Stara Zagora, Pleven, Burgas, Veliko Tarnovo und Vraca. Vier (politische) Morde, über die sich in den Archiven der Staatssicherheit allerdings keine genauen Informationen finden, und Angriffe mit schweren Verwundungen auf örtliche Parteimitglieder und Verwaltungsmitarbeiter bildeten den Höhepunkt des Unmuts.

Über einhundert Versuche zur Gründung illegaler Gruppen und Organisationen zeigen, dass die Opposition die Hoffnung auf eine Wiederholung der ungarischen Ereignisse in Bulgarien hatte.

Als Vorsichtsmaßnahme wurden in den ersten fünf Monaten des Jahres 1957 384 Familien ausgesiedelt, für weitere 532 waren die entsprechenden Verwaltungsdokumente bereits ausgefertigt. Zahlreiche Personen des sog. „feindlichen Kontingents“ - Menschen, die bereits in Lagern und Gefängnissen inhaftiert gewesen waren - wurden im Straflager für „Politische“ auf der Donauinsel

Belene interniert. Diese rigiden Maßnahmen des Regimes erstickten potentielle Versuche eines Aufstands präventiv.

Dennoch gab es in den folgenden Jahren Versuche des Widerstands und offen bekundeter Solidarität mit den ungarischen Revolutionären. Der Dichter Jordan Ruskov appellierte in dem Gedicht „Aufruf zur Freiheit“ an die Bulgaren, dem Beispiel der Ungarn zu folgen. Der Geheimdienst konnte den anonymen Verfasser zunächst nicht ausfindig machen; Vielmehr wurde Ruskov von den Machthabern als vertrauenswürdig eingestuft und sogar zum Jugendfestival nach Moskau geschickt, wo er insgeheim das Gedicht „Todbringendes Moskau“ schrieb. Es folgten weitere Gedichte, bis er 1959 entdeckt und ins Straflager geschickt wurde.

Der Versuch einiger Bauern unter Dimitar Pentschev, den alten Bauernvolksbund unter dem Namen „Nikola Petkov“ im Jahr 1960 wieder aufleben zu lassen, ist ebenfalls auf den Ungarnaufstand zurückzuführen. Petkov hatte sich mit seinem Bauernvolksbund der totalen Machtübernahme der Kommunisten in den Jahren 1945-1947 vehement widergesetzt und wurde deshalb im September 1947 als Hochverräter gehängt. Nun, 13 Jahre später, eine Organisation mit seinem Namen zu gründen, war oppositionelles Programm genug, um diesen Versuch sofort zu unterbinden.

Pentschev hatte gehofft, dass das kommunistische Regime und sein Geheimdienst nicht unbesiegbar seien. Er irrte. Alle Akteure wurden verhaftet. Pentschev und Sheko Stojanov wurden zum Tod durch Erschießen verurteilt - später wurde die Todesstrafe in zwanzig Jahre Haft umgewandelt.

6. Der „Prager Frühling“ von 1968 und seine Wirkung

Ebenso wie der Ungarnaufstand fanden auch die Ereignisse des „Prager Frühlings“ mit den Forderungen nach einem Sozialismus mit menschlichem Antlitz starken Widerhall in Europa. Der tschechoslowakische Widerstand gegen die sowjetische Herrschaft und das anschließende Niederwalzen der Freiheitsbestrebungen durch Truppen des Warschauer Paktes erschütterten trotz ihrer Erfolglosigkeit das kommunistische System. Die Ereignisse zeigen, dass der „real existierende Sozialismus“ ein diktatorisches, erstarrtes System war, das zentral aus Moskau gesteuert und erhalten wurde und das nicht reformierbar war.

Todor Shivkov verurteilte im Namen der BKP den Aufstand in Prag, nannte ihn „konterrevolutionär“ und sagte der Sowjetunion volle Unterstützung zu. Tatsächlich übernahmen zwei motorisierte Schützenregimenter der bulgarischen Armee Bewachungsaufgaben auf slowakischem Territorium.

Entgegen der staatlichen Propaganda begrüßte ein großer Teil der bulgarischen Gesellschaft die tschechoslowakischen Ereignisse; viele erwarteten, dass eine ähnliche Reformbewegung auch in Bulgarien entstehen würde. In den zwölf Jahren zwischen 1956 und 1968 hatte sich die bulgarische Gesellschaft, vor allem die Jugend, in ihrer Mentalität und Verhaltensweise noch mehr nach Westeuropa und den USA orientiert und stand damit im Gegensatz zu der Entwicklung der Verhältnisse im Land: 1968 hörten die jungen Leute Rock- und Popmusik, trugen Jeans und die Mädchen Minirock. Junge Männer ließen Haare und Bärte wachsen. Vordergründig war dieses Erscheinungsbild und diese Verhaltensweisen unpolitisch. Doch im Kern drückten sie eine Protesthaltung gegen die Umstände und die sozialistische Gesellschaftsordnung aus. Die Machthaber erkannten dies schnell.

In den Augen der Partei waren diese Jugendlichen systembedrohend.

Katalysator der pro-tschechoslowakischen Stimmung war das internationale Jugendfestival in Sofia im Sommer 1968, zu dem junge Leute aus der ganzen Welt anreisten. Deren Lebensweise, Kleidung, Lieder und Verhalten bestätigten die bulgarische Jugend in ihrem Tun oder öffnete ihnen die Augen für gänzlich Neues. Auf besonderes Interesse stieß die tschechoslowakische Delegation, die auf den Straßen von Sofia „Dubček, Freiheit“ skandierte und dafür begeisterten Applaus bekam.

Die Staatssicherheit erfasste eine Vielzahl studentischer Äußerungen zum „Prager Frühling“. Als die sowjetische Armee in der Tschechoslowakei einmarschierte, verteilten drei Studenten der Historischen Fakultät der Universität Sofia Flugblätter, auf denen Alexander Dubček und seine Reformen verteidigt wurden. Einen Monat später wurden die drei verhaftet und wegen der angeblichen Gründung einer Organisation für staatsfeindliche Aktionen angeklagt. Eduard Genov wurde zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt, Alexander Dimitrov zu anderthalb Jahren und Valentin Radev zu einem Jahr.

Eine andere Widerstandsgruppe war die illegale Organisation „Bund für Unabhängigkeit und Aufschwung LEVSKI“. In Frankreich druckten sie Aufrufe, Bulgarien solle aus dem Warschauer Pakt austreten und sich wie die Tschechoslowakei unter Dubček demokratisieren. Die Aufrufe endeten wie folgt: „Schluss mit dem Staatskapitalismus! Raus mit den sowjetischen Imperialisten! Es lebe die brüderliche Verbundenheit und Freundschaft der Völker von Europa! Bulgarische Brüder, demonstriert überall für unsere nationale Unabhängigkeit, in Fabriken und Einrichtungen, in der Stadt und auf dem Land mit unserem Namenszug; in Stadien und auf Kundgebungen ruft: Nur für LEVSKI!“

Die Mitglieder des Bundes verteilten ihre Flugblätter in Briefkästen und schrieben mit Kreide das Kürzel ihrer Vereinigung LEVSKI an die Hauswände. Beim Fußballspiel zwischen der gleichnamigen Sofioter Mannschaft LEVSKI und ZSKA Sofia im Herbst 1968, das siegreich für LEVSKI endete, ließ einer die Flugblätter durch die Anhängerschaft des Fußballclubs verteilen. Nach dem Spiel organisierten die Fans der siegreichen Mannschaft spontan einen Marsch zum Denkmal des den Namen gebenden Freiheitskämpfers Vassil Levski. Währenddessen skandierten die Marschierenden „Nur für LEVSKI!“. Die Staatssicherheit rätselte, ob der Umzug nun einer der Fußballclubanhänger von LEVSKI Sofia war oder ob es sich dabei um Anhänger der politischen Organisation LEVSKI handelte? Tatsächlich bestand wohl keine Verbindung, und der „Siegesmarsch“ war spontan zustande gekommen, aber das kommunistische Bulgarien hatte bis zu diesem Moment noch keinen solchen Massenauflauf im Zentrum von Sofia erlebt.

Schließlich konnte die Staatssicherheit die Mitglieder des LEVSKI-Bundes verhafteten. Die Gruppe wurde wegen Spionage verurteilt. Alfred Foskolo erhielt fünfzehn Jahre Haft, Peter Boyadzhiev zwölf Jahre, Alexander Ivanov zehn Jahre, Anton Maschev, dem es gelungen war, nach Frankreich zu fliehen, wurde in Abwesenheit zu vierzehn Jahren Haft verurteilt.

Der Fußballverein LEVSKI Sofia wurde schließlich umbenannt und mit SPARTAK Sofia vereinigt. Foskolo zufolge war es die Angst der Stasi vor seiner Widerstandsgruppe, die die Namensänderung bewirkt hatte: „Wegen euch haben wir den Namen der Mannschaft geändert. Wenn wir euch jetzt freilassen, ziehen euch die Levski-Fans bei lebendigem Leibe die Haut ab“, so die Äußerung eines Mitarbeiters zu Foskolo.

Die in Bulgarien geführten Debatten über die 1968er Ereignisse, vor allem

unter Intellektuellen, wurden durch den sog. „Tschechischen Zyklus“¹⁰ von Georgi Markov öffentlich, der im BBC-Radio während der 1970er Jahre ausgestrahlt und heimlich in ganz Bulgarien gehört wurden.

Das politische Klima in Bulgarien wandelte sich nach 1968 trotz der Versuche der Machthaber, die Zügel anzuziehen und den Machtbereich abzuschotten. Dazu trug auch das Helsinki-Abkommen bei und die mit ihm verbundene Entspannungspolitik.

7. Das Helsinki-Abkommen und seine Wirkung

Die Schlussakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, (KSZE) wurde nach jahrelangen Verhandlungen im August 1975 in Helsinki von 53 Staaten aus Europa und Asien, darunter auch Bulgarien unterzeichnet. Die kommunistischen Führungen im Ostblock hatten allerdings in der Folgezeit Probleme mit dem Teil des Vertrags, der die Wahrung der Menschenrechte einforderte. Dissidenten und Oppositionellen gaben diese Bestimmungen nämlich die Gelegenheit, ihre Widerstandsbemühungen gegen das kommunistische Regime auf eine anerkannte rechtskonforme Basis zu stellen.

Nach der Unterzeichnung des Helsinki-Abkommens stellte der Geheimdienst in Bulgarien eine Zunahme oppositioneller Aktivitäten fest, vor allem unter Akademikern und jungen Leuten: Sie seien mit den Grundsätzen der Helsinki-Vereinbarung vertraut und setzten darauf, dass ihnen auch in Bulgarien Geltung verschafft würde. 1978 ermittelte der Geheimdienst, dass fünfzig Personen aus den Kreisen der Intelligenz sich wie „potenzielle Dissidenten“ verhielten. In einer Reihe von Fällen hätten Intellektuelle öffentlich die Führungsrolle der kommunistischen Partei in Wissenschaft, Kunst und Kultur in Zweifel gezogen oder gar bestritten. Sie hätten

Positionen der westlichen Philosophie zur Entwicklung gesellschaftlicher Systeme vertreten. Eine erhebliche Zahl junger Leute, vor allem Studenten, sei stark beeinflusst von westlicher Lebensart. Entsprechend feindlich seien sie eingestellt gegenüber der kommunistischen Partei und der sozialistischen Wirklichkeit in Bulgarien.

Janko Jankov, Jurist an der Akademie der Wissenschaften, begann bereits 1975 auf der Grundlage des Abkommens, Freunde und Bekannte, deren Menschenrechte verletzt worden waren, juristisch zu vertreten. Dies war eine Form des juristischen Widerstands mit politischer Wirkung gegen das kommunistische System. 1979 begann Jankov eine informelle Organisation aufzubauen, die Fälle von Menschenrechtsverletzungen sammelte und analysierte. Jankov stellte Kontakte zu Vertretern westlicher Botschaften in Sofia her, vor allem zu den Vertretungen der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Bundesrepublik Deutschland. Er übergab eine Vielzahl offizieller Dokumente, die die Verletzung der Menschenrechte in Bulgarien bewiesen.

Jankovs Kampf für die Menschenrechte kostete ihn die Anstellung. Er wurde 1982 aus der Akademie der Wissenschaften ausgeschlossen und von seiner Lehrtätigkeit an der Universität Sofia entbunden. Doch davon ließ er sich nicht abschrecken. Im Sommer 1983 gründete er in der nordwestbulgarischen Stadt Montana eine illegale Gruppe, die von Herbst 1983 bis Herbst 1984 unter der direkten Leitung seines Bruders Kamen Jankov zahlreiche Aufrufe gegen die Machthaber in Umlauf brachte. Anfang März 1984 wurde er in seinem Haus im Dorf Klissurica vom politischen Sekretär der Botschaft der USA, Joseph Keel, besucht. Eine Woche später wurde Jankov verhaftet. Ihm wurde die Gründung einer staatsfeindlichen Organisation und Propaganda gegen Bulgarien, die Sowjetunion und die sozialistischen Mitgliedsländer des Warschauer Pakts vor-

geworfen. Am 24. Dezember 1984 wurde Janko Jankov zu zwölf Jahren Gefängnis unter strengsten Haftbedingungen verurteilt, 1985 wurde seine Strafe auf sechseinhalb Jahre verkürzt. Während seiner Haftzeit erklärten die Menschenrechtsorganisationen Amnesty International und das Helsinki-Komitee (Helsinki Watch) ihn zum politischen Gefangenen Nr. 1 in Bulgarien. Jankov büßte fünf Jahre und sieben Monate seiner Haft ab und verließ das Gefängnis am 31. Oktober 1989.

Ein weiteres Zeugnis des Widerstands gegen das Regime unter Berufung auf das Helsinki-Abkommen ist der 1986 verfasste briefliche Appell bulgarischer ehemaliger politischer Polithäftlinge¹¹ an die Wiener Konferenz zur Überwachung der Einhaltung der Vereinbarungen von Helsinki. Sie appellieren: „Die Konferenz in Wien möge nicht eher ihre Arbeit niedergelegen, bevor nicht die elementarsten Menschenrechte für alle europäischen Völker gesichert sind, als da wären: das Recht auf Freizügigkeit und Emigration, das Recht auf objektive Information sowie das Recht auf freie Arbeitswahl. Bevor nicht der Tag gekommen ist, an dem jeder Bürger Europas frei und ohne Angst vor Verfolgung seine Gedanken, Meinungen und Überzeugungen in schriftlicher und mündlicher Form äußern kann, so lange rechtfertigt der Helsinki-Prozess nicht das in ihn gesetzte Vertrauen.“

Der Appell erreichte die Wiener Konferenz über die Botschaft der USA. Mit Ausnahme von Minka Stateva wurden alle Verfasser erneut inhaftiert. und monatelang von den Ermittlungsbehörden verhört. Nach den Verhören wurde Iliya Minev in seiner Geburtsstadt Septemvri unter Hausarrest gestellt; Grigor Simov wurde ausgesiedelt und nach Nordostbulgarien verbannt; Tseko Tsekov durfte sein Geburtsdorf nicht verlassen. Die übrigen standen unter permanenter Beobachtung.

Am 16. Januar 1988 wurde eine unabhängige „Gesellschaft für Menschenrechte in Bulgarien“ gegründet. Zum Vorsitzenden wurde der langjährige politische Gefangene Iliya Minev gewählt. Die Aufgaben und Ziele der Gesellschaft waren unmittelbar verknüpft mit den Prinzipien des Helsinki-Abkommens: Wiederherstellung der Menschenwürde für alle Bulgaren, politischer Pluralismus und Bekanntmachung aller politischer Gefangener. Diese Gesellschaft war die bedeutendste antikommunistische Vereinigung Bulgariens am Vorabend des Umsturzes vom 9./10. November 1989. Am 7. Dezember 1989 trat die Gesellschaft der Union der Demokratischen Kräfte (UDK) bei, zusammen mit anderen antikommunistischen Parteien und Strömungen wie Ökoglasnost, der Gewerkschaft Podkrepia und der Grüne Partei.

8. Widerstand der bulgarischen Muslime

Nachdem die BKP zunächst eine großzügige und tolerante Minderheitenpolitik betrieben hatte, um in ihrem Kampf mit der Opposition die bulgarischen Muslime als Wähler für die Vaterländische Front zu gewinnen, gerieten sie schon bald unter erheblichen Druck. Doch zunächst erhielten Türken und Pomaken¹² ihre Namen zurück, sie durften die traditionelle Kleidung tragen, und die Gottesdienste durften wieder in Arabisch, der Sprache des Korans, gefeiert werden.

1946 änderte sich diese Politik, in deren Fokus zunächst die Pomaken standen. Ziel der Regierenden war die Auslöschung ihrer Gruppenidentität sowie ihre ethnische Assimilierung. Die Situation wurde durch den Versuch Griechenlands verschärft, auf der Pariser Friedenskonferenz Territorialansprüche gegenüber Bulgarien durchzusetzen. Griechenland entsandte eine Delegation Pomaken, die im griechischen Exil lebte, nach Paris, um diese Forderungen zu

untermauern. Zeitgleich versuchten bewaffnete Truppen aus der Volksgruppe in den Rhodopen mit Gewalt die Grenzziehung zu verändern, was erfolglos blieb. Die Situation der Pomaken in Bulgarien verschlechterte sich durch diese Aktionen.

Auf Erlass Georgi Dimitrovs erfolgten ab 1948 Aussiedlungen der muslimischen Bevölkerung entlang der gesamten Südgrenze. Diese endeten erst Anfang 1950. Etwa 10.000 bulgarische Muslime wurden gezwungen, ihre Heimatdörfer zu verlassen, das bislang geschlossene Siedlungsgebiet wurde teilweise zerstört. Vorbild dieser Umsiedlungspolitik für ganze Bevölkerungsgruppen waren die Zwangsumsiedlungen in der UdSSR.

Der Zwangsumsiedlung folgten Maßnahmen zur Zwangsassimilierung, um die pomakische Identität zu zerstören. Sie trafen auf Widerstand. 1953 wurde die „Ausweispflicht der Bevölkerung“ eingeführt. Die Portraitfotos, die für die neuen Personalausweise benötigt wurden, riefen bedeutenden Unwillen hervor, da es nach dem Koran verboten war, Menschen abzubilden. Die heftigsten Reaktionen gab es in Gotze Deltchev und Raslog. Im Dorf Eleschniza griffen Frauen während der Informationsveranstaltungen die kommunistischen Wortführer an. Im Dorf Välkosel gingen sie mit Steinen und Holzpfählen auf die aus dem Blagoevgrader Bezirkskomitee entsandten Partefunktionäre los. Proteste gab es auch im Dorf Särnica und im Raum Teteven. Dieser Widerstand konnten die Maßnahmen der Regierung nicht stoppen, und so wurden notfalls unter Gewaltanwendung alle Muslime gezwungen, Pässe mit ihren Fotos anzunehmen.

1958 begann die kommunistische Partei mit der sog. „Entschleierung“ der bulgarischen und türkischstämmigen Muslime. Ziel war die Abschaffung der traditionellen Kleidung, vom Fes über den Tschador, die Pluderhosen und die Kopftücher. Es kam zu erneutem Wider-

stand. Die Muslime akzeptierten vielerorts die Anordnungen nicht und behielten ihre traditionelle Tracht bei.

1962 diskutierten die Kommunisten die Bulgarisierung der Namen von Türken und Pomaken. Diese Frage stand im Zusammenhang mit der Homogenisierungspolitik der BKP und des zunehmend stärkeren nationalistischen Kurses seit Beginn der 1960er Jahre. Im März 1964 verkündeten in einer Propagandaaktion gut 600 Pomaken, die der BKP angehörten, auf einer Ortsgruppensitzungen im Dorf Ribnovo ihre neuen bulgarischen Namen und riefen die übrigen Pomaken im Ort dazu auf, ihrem Beispiel zu folgen. Da diese und andere ablehnten, blockierten Armee und Volksmiliz die Dörfer. Doch die Menschen gaben nicht auf und leisten weiter Widerstand, am stärksten im Dorf Ribnovo, wo Parteaktivisten mit Steinen und Knüppeln verjagt wurden. Hier wurde ein Stab eingerichtet, um den Widerstand zu organisieren. Andere Dörfer in der Umgebung handelten ähnlich. Aus jedem Dorf wurden Vertreter für eine Delegation nach Sofia bestimmt, die die Forderungen der Pomaken direkt im Zentralkomitee der BKP und in der Türkischen Botschaft in Sofia vortragen sollte. Erst jetzt wurde die Umbenennungskampagne auf persönliche Anordnung Todor Schivkovs (vorerst) gestoppt, weil er eine Eskalation der Lage und einen Konflikt mit der Türkei befürchtete.

Die Homogenisierungspolitik, vor allem der Versuch, die Namen zu bulgarisieren, wurde in den 1970er Jahren gegenüber den Pomaken wieder aufgenommen. Die Kampagne begann 1972 im Bezirk Smoljan und rief erneut Widerstand hervor. Die aufständischen Minenarbeiter sowie die anderen Protestierenden wurden grausam misshandelt. Die Situation eskalierte. Eine Gruppe Pomaken aus Babek versuchte in Sofia zu protestieren; sie wurde von Volksmiliz daran gehindert, und die Demonstra-

tion wurde gewaltsam aufgelöst. Dabei kam einer der Demonstranten zu Tode.

Im Winter von 1972 auf 1973 verbarrikadierten Pomaken einige Dörfer im Kreis Goce Deltschev, da sie neue Maßnahmen der Regierung zur Namensänderung befürchteten. Eine „Revolutionärregierung“ wurde gebildet. Im März 1973 griffen Armee und Miliz die Ortschaften an. Zu heftigen Kämpfen kam es in Kornica, wo mehrere Dorfbewohner getötet und Dutzende verwundet wurden.

Seit 1980 verschärfte der Staat die Restriktionspolitik gegenüber den Muslimen durch das Verbot des Tragens „türkischer“ Kleidung, Verbot der Religionsausübung, des Baus von Moscheen und des Türkischsprechens im öffentlichen Raum. Dies waren einschneidende Maßnahmen für die muslimische Bevölkerung.

Ende 1984 begann erneut eine Umbenennungskampagne, die in die Geschichte als „Wiedergeburtsprozess“¹³ einging. Sie dauerte von 1984 bis Mitte 1989. Die Umbenennungsaktion begann in den Kreisen Kărdzhali und Haskovo, um sich anschließend nach Nordostbulgarien fortzusetzen. Die Muslime leisteten Widerstand. Proteste in Kărdzhali, Momtschilgrad, Dzhebel, Krumovgrad schlügen Armee und Miliz gewaltsam nieder. Es gab Tote und Verletzte. Trotz allen Widerstands waren am Ende der Kampagne die Namen von mehr als 800.000 Muslimen bulgarisiert.

In Reaktion auf die repressive Politik der kommunistischen Partei griffen die Muslime auch zu der radikalsten Form des Widerstands: terroristischen Akten. Am 30. August 1984 explodierten auf dem Flughafen Varna und am Bahnhof Plovdiv Bomben, bei denen eine Frau getötet und viele Menschen verletzt wurden. Am 9. März 1985 explodierte eine weitere Bombe im Zug von Burgas nach Sofia in einem für Mütter und Kinder reser-

vierten Waggon. Dabei starben sieben Menschen.

In den Jahren 1985 bis 1989 bildeten sich Dutzende illegaler Widerstandsgruppen ethnischer Türken, wie etwa die Gruppe „Der lange Winter“ und die „Türkisch-Nationale Befreiungsbewegung in Bulgarien“.

Im Frühjahr 1989 wurden die Proteste in den türkischen Siedlungen immer massiver. Es gab Hungerstreiks und große Protestkundgebungen. Die Organisation „Demokratische Liga für die Menschenrechte“, eine Organisation der bulgarischen Türken, formulierte Forderungen der türkischen Minderheit, vor allem den freien Gebrauch der Muttersprache und das Recht, die alten Namen tragen zu dürfen. Vielerorts unterstützten bulgarische Freunde und Bekannte nichtöffentliche die türkischen Forderungen. Die Situation eskalierte im Mai. Proteste im nordostbulgarischen Dorf Pristoe bei Schumen weiteten sich schnell aus. Der Aufruhr erreichte auch Südbulgarien. Polizei- und Armeeeinheiten waren mit bürgerkriegsähnlichen Zuständen konfrontiert. Sie nutzten nicht nur Tränengas, sondern setzten auch Panzer und Schusswaffen ein. Zehn Menschen wurden getötet, Dutzende verletzt. Diese Aufstände sind in die bulgarische Geschichte als „Ereignisse des Mai“ eingegangen. Der heftige Widerstand veranlasste Todor Schivkov, die Grenze zur Türkei zu öffnen. Nachdem die Türkei ebenfalls die Schlagbäume geöffnet hatte, begann die massenhafte Auswanderung, sarkastisch „große Exkursion“ genannt, bei der über 300.000 Menschen Bulgarien verließen. Dieser Exodus führte zu schweren ökonomischen, ethnischen und außenpolitischen Folgen für Bulgarien, die bis auf den heutigen Tag zu spüren sind. Nach 1989 kehrten nur etwa 50 Prozent der Flüchtlinge in ihre Heimat zurück.

9. Später Widerstand 1988-1989

Auf dem Höhepunkt der Krise, die der gesamte Ostblock zu dieser Zeit durchmachte, verstärkte sich auch in Bulgarien der Widerwille gegen die Politik der Kommunisten. Es wurden Vereinigungen gegründet, die auf den ersten Blick apolitische Ziele verfolgten, wie das „Komitee zum ökologischen Schutz der Stadt Russe“, das am 9. März 1988 vom Schriftsteller Georgi Mischev gegründet wurde oder andere Dissidentenorganisationen wie das „Komitee für religiöse Rechte, Gewissensfreiheit und religiöse Werte“, das „Komitee 273“ und die Gewerkschaft „Podkrep“.

Die für die Kommunisten gefährlichste Organisation war der „Club zur Unterstützung von Glasnost und Perestroika“, der von bekannten bulgarischen Intellektuellen getragen wurde. Vorsitzender war der Philosoph Zhelju Zhelev, Autor des verbotenen Buches „Der Faschismus“. Besorgnisregend für das Regime war die Tatsache, dass ein großer Teil der Mitglieder dieser Organisation Mitglieder der BKP waren. Die Staatssicherheit versuchte allerdings vergebens die Intellektuellen einzuschüchtern, zumal sie internationale Unterstützung fanden. Ein bedeutendes Signal setzte der französische Präsident François Mitterrand während seines Staatsbesuchs in Bulgarien am 19. Januar 1989, als er Mitglieder des Clubs zum Frühstück einlud.

Im Oktober 1989 organisierte die neu gegründete Dissidentenorganisation „Ökoglasnost“ eine Kampagne gegen die wirtschaftlich und ökologisch bedenklichen staatlichen Projekte „Rila“ und „Mesta“ zur Umleitung von Quellen und Flüssen. Etwa 11.000 Unterschriften wurden gegen die Durchführung gesammelt. Am 3. November organisierte „Ökoglasnost“ einen Protestmarsch, der als Massendemonstration vor dem Parlamentsgebäude endete. Eine Woche zuvor war Schivkov entmachtet worden, und wenig später brach das kommunisti-

tische Regime zusammen. Viele Dissidentenorganisationen schlossen sich nun der politischen Oppositionsbewegung und neuen Parteien an.

10. Exkurs: Ilja Minew und Georgi Markow

Schon als Schüler wird Ilja Minew Mitglied der 1932 gegründeten national-konservativ bis rechtsradikal orientierten Bulgarisch-Nationalen Legionen und steht so in scharfen Gegensatz zu den sozialistischen Jugendverbänden. Nach der Schulzeit studierte er in Toulouse Industriechemie und kehrte dann nach Bulgarien zurück. Minew schloss sich erneut der Legionärsbewegung an und wurde von 1941-1944 Mitglied im Hauptvorstand. Am 10. September 1944, einen Tag nach dem Einmarsch der Roten Armee, wurde er für ein Jahr unter Arrest gestellt. Kaum wieder auf freiem Fuß, wurde er 1946 erneut in Gewahrsam genommen und nun zu lebenslanger Haft verurteilt, denn er „fährt er fort, faschistische Positionen zu vertreten und eine aktive antikommunistische Tätigkeit zu betreiben“, so die Formulierung der Stasi. Er sei „einer der Hauptinitiatoren zur Bildung eines Exekutivkomitees zur Organisation der Wiederherstellung der ehemaligen Nationallegionen, deren Ziel der Umsturz, die Untergrabung und Schwächung der Ob rigkeit ist, und zwar durch Putsch und terroristische Akte.“ Die Strafe wurde später in 25 Jahre Freiheitsentzug umgewandelt. Mit kurzen Unterbrechungen blieb er bis 1978 in Haft und lernte dabei fast alle Gefängnisse für „Politische“ in Bulgarien kennen. Allein 1860 Tage befand er sich im Karzer, insgesamt 460 Tage protestierte er mit Hungerstreiks. Nach seiner Freilassung wurde er in der Stadt Septemvri angesiedelt, wo er fortan unter Restriktionen leben musste.

Minew ist der wohl am längsten inhaftierte politische Gefangene in Bulgarien. Schon in der Haft plante er die Grün-

dung einer „Unabhängigen Gesellschaft für Menschenrechte“. In den Jahren 1984 und 1985 arbeitete er aktiv an der Gründung. In Briefen an den damaligen amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan und einer Reihe internationaler Organisationen zum Schutz der Menschenrechte, beschrieb er die Verletzung der Rechte der bulgarischen Bürger. Am 11. Januar 1988 gründeten Minew und eine Gruppe Gleichgesinnter dann endlich die „Unabhängige Gesellschaft für Menschenrechte“.

Nach 1989, mittlerweile über 70 Jahre alt, fand er keinen Anschluss an die demokratischen Parteien. Bis zu seinem Tod am 6. Januar 2000 blieb er isoliert. Er starb am 6. Januar 2000 82jährig, einsam und bitter arm, in einem Altersheim in Pasardshik.

Am 9. Dezember 2002 wurde in Sofia in der Nähe des Nationalen Kulturpalastes ein Denkmal für Minew errichtet, seine Geburtsstadt Septemvri ernannte ihn zum Ehrenbürger und setzte dort 2008 ebenfalls ein Denkmal.

Georgi Markow arbeitete in den 1960er Jahren als Schriftsteller und Dramatiker und ist Teil des Freundeskreises der sog. „Jagdgesellschaft“ Todor Schivkows. Er ist Autor einer Reihe bedeutender literarischer Werke. Er verfasste eine Reihe von Theaterstücken, von denen viele aus politischen Gründen nicht zur Aufführung kamen und der Zensur zum Opfer fielen. So wurde das Stück „Kommunisten“ (1969) wegen der negativ-realistischen Beschreibung der Partisanenbewegung nicht gespielt.

Markow ging 1969 in Exil nach London, nachdem die Premiere seines Theaterstücks „Ich war er“ aus politischen Gründen abgebrochen wurde. Dort begann er 1972 als Journalist für die bulgarische Redaktion der BBC zu arbeiten. Später arbeitete er auch für die Sender Deutsche Welle und Radio Free Europe. Im selben Jahr wurde Markow aus dem Bulgarischen Schriftstellerverband aus-

geschlossen und in Abwesenheit zu sechseinhalb Jahren Gefängnis wegen Landesflucht verurteilt.

Markow übte in seinen Reportagen scharfe Kritik am kommunistischen System und vor allem an Schivkov selbst. Das sollte ihn das Leben kosten: Am 7. September 1978, Shikovs Geburtstag, ging er über die Waterloo-Brücke zu seinem Arbeitsplatz bei der BBC. Ein Unbekannter stach ihn von hinten mit einem Schirm in den Unterschenkel seines rechten Beines. Am selben Abend bekam Markow Fieber. Er starb drei Tage später im Krankenhaus. Die Kriminalmediziner stellten später fest, dass Markow vergiftet worden war. Attentäter war höchstwahrscheinlich (es gibt keine definitiven Beweise) Francesco Gollino, ein Agent der bulgarischen Staatssicherheit.¹⁴

In Bulgarien erschienen Markows „Fernreportagen“ 1990 als Buch. Er wurde posthum im Jahr 2000 mit dem Orden 1. Klasse „Stara Planina“ ausgezeichnet „für seinen außerordentlichen Beitrag zur bulgarischen Literatur, zum bulgarischen Theater und zur bulgarischen Publizistik und für seine außergewöhnliche staatsbürgerliche Position im Widerstand gegen das kommunistische Regime“.

Literaturhinweise

Барев, Ц. С перо в изгнание. ИК „Пегас“, ИК „Робинзон. Велико Търново, 1993.

Груев, М. Между петолъчката и полумесеца. Българските мюсюлмани и политическият режим (1944-1959). София, 2003.

Груев, М., А. Кальонски. Възродителният процес. Мюсюлманските общности и комунистическият режим: политики, реакции и последици. София, 2008
Другата България. Документи за организацията на българската политическа емиграция 1944 – 1989, София, 2000.

Държавна сигурност. Структура и основни документи. Документален сборник, София, 2011.

Държавна сигурност – политическа полиция. Документален сборник, София, 2011.

Пражката пролет и Държавна сигурност. Документален сборник, София, 2010.

Съпротивата срещу комунистическия режим в България (1944-1989). Сборник материали от национална научна конференция, НБУ, 23-24 март 2011 г. - <http://ebox.nbu.bg/anti/>
„Прекрасният повод“ 1956. Документи за отражението на унгарската революция в България състав. Милен Семков), София, 2006.

Стателова, Е., В. Танкова. Прокудените. София, 2002

Христова, Н. Специфика на българското „дисидентство“. Власт и интелигенция 1956-1989 г. Пловдив,

2005.

Янков Я. Документ за самоличност.
Политическа документалистика.
София, Том 4, 2003.

¹ Die Vaterländische Front war auf kommunistische Initiative hin zwei Jahre zuvor gegründet worden. Sie verstand sich als eine Art Bündnis der antifaschistischen Kräfte in Bulgarien.

² Damit ähnelt diese Bewegung der im Baltikum, die zur selben Zeit gegen den Kommunismus kämpfte.

³ Iwan Leschnikow, Wassil Zlatewski, Bogdan Tsenkow und Georgi Atanassow.

⁴ Sie zählte vierzehn Personen und wurde angeführt vom Woiwoden Gerassim Todorow, Andrej Alexandrow, Peter Gärkow, Todor Sekulow und Kyrill Bengjusow.

⁵ Angel Iwanow, Dimiter Primow, Kostadin Angelow, Peter Semerdshiew, Petko Kalewski, Kerim Pandshilow, Boris Slawow und Iwan Kaleew.

⁶ Angel Iwanow, Dimiter Tacharow, Atanas Pramatarow, Dimiter Primow, Petko Kalewski, Kerim Pandshilow, Iwan Kaleew, Marin Angelow, Kostadin Angelow, Nikola Georgiew, Ilija Iwanow und Kostadin Angelow und Milan Geschew.

⁷ Bojan Popow, einer der Anführer, kam ins Straflager Belene, der andere, Jordanow-Gudsho, wurde nach Sofia verbracht und dort hingerichtet.

⁸ Pentscho Brestowski aus Rosowec, Philipp Georgiew, Stoju Nikolow, Srberju Paunow, Georgi Georgiew und Ranju Tassew aus dem Dorf Slatosel, Stoju Usunow und Awram Awramow aus dem Dorf Draganowo, Iwan Raitschew aus dem Dorf Sliwen, Widol Iliew aus Suchodol, Christo Tschelibokow aus dem Dorf Sweshen, Todor Makedonski aus Debrawica und Nentscho Nentschew aus dem Dorf Ostenowo. - Der Anführer Georgi Komitow, Mintscho Michow und Christo Petrow wurden einige Tage später gefasst, zum Tode verurteilt und am 25. März 1952 standrechtlich erschossen.

⁹ In das Streikkomitee wurden gewählt: Kiril Dzhavesov, Dimiter Bacharov, Slatka Vla-

ytscheva, Usin Mutov, Georgi Kolev (der Anarchist) und Kera Väleva.

¹⁰ Mit den Essays „21. August 1968“, „Sechs Jahre“, „Schweig! oder Fünf Jahre seit dem Einmarsch in die Tschechoslowakei“, „Über Schriftsteller, die Fässer rollen“, „Man löscht nicht, was nicht erlischt“ (I und II), „Da war so einer, aber jetzt ist er weg, als hätte es ihn nie gegeben“.

¹¹ Iliya Minev, Tseko Tsekov, Grigor Simov, Stefan Savovski, Minka und Bozhidar Statev und Eduard Genov.

¹² Unter Pomaken versteht man bulgarische Muslime, die nicht ethnische Türken sind. Die These, es handele sich um während der Herrschaft der Osmanen zum Islam konvertierte Bulgaren ist nicht bewiesen. – Die andere muslimische Bevölkerungsgruppe sind ethnische Türken, die nach dem Abzug der Osmanen im Land verblieben sind.

¹³ Nicht zu verwechseln mit dem „Wiedergeburtsprozess“ Bulgariens im 19. Jahrhundert nach gut fünf Jahrhunderten osmanischer Herrschaft.

¹⁴ Siehe hierzu Hristo Hristov, Kill the wanderer, Sofia 2013.